

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Nachrichten Dresden
Hauptredaktion: Hauptredaktion: Dresden-K. 1, Wartenstraße 25/26

Bezugsgebühr vom 16. bis 30. November 1929 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1,70 Mk.
Wochensatzpreis für Monat November 5,40 Mk. ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.
Kubinhalt 20 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familienanzügen und Stellen-
gesuche ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Kettensätze 200 Pf., außer-
halb 250 Pf. Offertengelder 30 Pf. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Nepp & Reichardt,
Dresden, Postfach No. 1068
Nachdruck nur mit schriftl. Erlaubnis
Ereign. Nachr. (ausw.) 10 Pf., Umlage
Schlüsselkarte werden nicht aufberecht.

Limbäcker
Johann-Georgen-Allee 8 Fernspr. 12777
Anerkannt gute preiswerte
Weine und Küche

Koffer
Erfahrungen
Waffen-
Kaufstr. 23

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
Kunstspielpianos
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen in Martin-Str. 12 Bautzen in Seminar-Str. 9

Warum Seekt nicht nach Moskau geht

„Kampf der Titanen“ im Auswärtigen Amt

Das Tanzziehen um Brockdorff-Rangaus Nachfolge

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)
Berlin, 21. Nov. Nach wochenlangen, ja monatelangen internen Kämpfen im Auswärtigen Amt, an dem fast keine der führenden Persönlichkeiten und keine der maßgeblichen Anstalten unbeteiligt war, steht nun die Ernennung des Nachfolgers auf den Moskauer Posten für den verstorbenen Votschaffer Graf Brockdorff-Rangau unmittelbar bevor. Es ist, wie wir bereits kurz gemeldet haben, nicht mehr daran zu zweifeln, daß Ministerialdirektor v. Dirksen, Leiter der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes, zum Moskauer Votschaffer ernannt werden wird. Nachdem diese Tatsache als feststehend gewertet werden kann, liegt nunmehr auch kein Anlaß dafür vor, mit den Dingen hinter dem Berge zu halten, die sich im Hinblick auf die Neubestellung dieses Votschaffterpostens in der letzten Zeit in Berlin abgespielt haben. Man erinnert sich der zahlreichen Kandidaten, die in diesem Zusammenhange genannt wurden. Die hervorragenden waren der Generaloberst u. Seekt, der deutsche Votschaffer in Angola, Adolphi, und der deutsche Votschaffer in Rom, v. Neurath.

Näher ist in der Öffentlichkeit aus guten Gründen verschwiegen worden, daß kurze Zeit nach dem Ableben des Grafen Brockdorff-Rangau das russische Kommissariat des Auswärtigen in Moskau das deutsche Auswärtige Amt unter der Hand wissen ließ, daß die Sowjetregierung die Ernennung des Generalobersten von Seekt zum Votschaffer in Moskau fordere, und zwar wurde bei dieser Mitteilung das Wort „fordere“ besonders unterstrichen.

Bisher ließ man das Auswärtige Amt unter der Hand wissen, daß die Regierung der Sowjetunion, falls die deutsche Regierung einen anderen Votschaffer in Moskau ernennen sollte, diesen zwar dulden würde, aber auch nicht mehr als dulden. Diese Situation war in den beteiligten Kreisen vollkommen bekannt und nicht zuletzt deshalb lehnten es die meisten Persönlichkeiten, die man für den Moskauer Posten in Aussicht genommen hatte, strikte ab, nach Moskau zu gehen, denn jeder Diplomat weiß, was es bedeutet, wenn man als akkreditierter Votschaffer bei einer führenden Macht von den maßgeblichen Kreisen des betreffenden Landes nur „geduldet“ wird. Was eine solche „Duldung“, zu allem Ueberflusse noch in Moskau, der Zentrale des bolschewistischen Staates, bedeutet, darüber war sich auch jeder der Kandidaten im Klaren.

Das bedeutet schließlich nichts mehr und nichts weniger, als daß ein solcher unerwünschter Votschaffer zwar mit aller in diplomatischen Kreisen üblichen Höflichkeit behandelt wird, daß aber mit ihm wichtige informatorische Dinge unter keinen Umständen besprochen werden. Der Moskauer Außenkommissar ist bekanntlich Tschitscherin, und wenn in der Nachkriegszeit die deutsche Politik in Moskau einigermaßen mit einem Aktowaldo abhink, so war dies auf die enge persönliche Freundschaft zwischen dem russischen Außenkommissar Tschitscherin und dem deutschen Votschaffer Graf Brockdorff-Rangau zurückzuführen. Es ist bezeichnend, daß Tschitscherin den Wunsch hatte, nun als Nachfolger des Verstorbenen eine Persönlichkeit in Moskau zu sehen, mit dem eine ähnliche enge persönliche Bekanntschaft und Zusammenarbeit möglich sein würde.

Die deutsch-russischen Beziehungen sind, wie wir wissen, in der letzten Zeit nicht die besten gewesen. Man mag das aus innerpolitischen Gesichtspunkten für wünschenswert halten oder nicht. Die Außenpolitik erfordert aber, daß die russische Karte auch weiterhin im internationalen diplomatischen Spiel der Mächte nicht ruht und von Deutsch-

land weitergespielt wird. Man hätte also klug daran getan, den russischen Wunsch zu erfüllen, zumal er sich auf eine Persönlichkeit bezog, die in Deutschland und in der internationalen Welt immerhin einiges bedeutet. Die Erfüllung des Wunsches konnte selbstverständlich mit einer Verwahrung gegenüber Art und Weise, wie er von russischer Seite äußert wurde, verbunden sein. Offenbar hat auf diese Nachricht hin, die selbstverständlich auch weiteren Kreisen zugänglich wurde,

ein Gegenpiel von englischer und französischer Seite eingeleitet. Der englische Votschaffer ist zu wiederholten Malen zwar nicht offiziell, aber immerhin unter der Hand vorstellig geworden und hat erklärt, daß eine Verennung des Generals von Seekt nach Moskau in englischen politischen Kreisen erhebliche Verstimnungen nach sich ziehen würde. Ganz ähnlich hat sich auch der französische diplomatische Vertreter in Berlin verhalten und es wird davon gesprochen, daß beide Teile sich sogar zu unmißverständlichen Drohungen verließen hätten, falls das Deutsche Reich doch General von Seekt nach Moskau entsenden würde.

Dieses Gegenpiel mit Würde abzuwehren und zu erklären, daß die Ernennung von Votschaffern und Gesandten eine Angelegenheit sei, in die sich auswärtige Mächte nicht einzumischen hätten, dazu fehlte offenbar das nötige Rückgrat. Dazu kommt, daß Generaloberst v. Seekt dem Reichsaussenminister als Votschaffer nicht sonderlich sympatisch ist. Die Nachricht über die russischen Wünsche ist sehr bald in die Kreise der Sozialdemokratie gedrungen, und die Folge war, daß die auswärtigen Mächte, die gegen die Kandidatur Seekt protestierten, sehr bald auch

Wittpfeiler in der deutschen Innenpolitik fanden. Besonders hat sich dabei Herr Breitscheid hervorgetan, der die Nachricht an den „Vorwärts“ weitergab, der daraufhin wunschgemäß eine Debatte gegen Seekt eröffnete und über gewisse Beziehungen zwischen Seekt und Tschitscherin aus dem Jahre 1923 Mitteilungen brachte, die Seekt kompromittieren sollten. Anzwischen war man auf den Gedanken gekommen, die Frage dadurch zu lösen, daß man einen anderen Votschaffer nach Moskau delegierte. Der deutsche Votschaffer in der Türkei, Madolm, wurde nach Berlin berufen und hatte auch mit den amtlichen Stellen entsprechende Rückfragen. Aber auch Herr Madolm ist der heute vorwiegend linksbeeinflussten Regierung eine weniger geeignete Persönlichkeit, weil er zu den deutschen diplomatischen Vertretern gehört, die seinerzeit für die Doppelbesetzung der deutschen Votschafften und Gesandtschaften im Auslande eintraten.

Man versiet dann auf einen weiteren Gedanken, um General v. Seekt, der anerkanntermaßen eine kraftvolle Persönlichkeit ist, nicht ganz aus den diplomatischen Möglichkeiten zu entfernen, indem man Herrn v. Neurath, den deutschen Votschaffer in Rom, nach Moskau versetzen und General v. Seekt die deutsche Votschaft in Rom geben wollte. Diese Kombination scheiterte daran, daß Herr v. Neurath runderhand erklärte, daß es ihm aus persönlichen Rücksichten nicht möglich sein würde, nach Moskau zu gehen. Nachdem diese und auch noch andere, nur kürzer in Erwägung gezwogene Möglichkeiten sich zerschlagen hatten, begann nun im Auswärtigen Amt

ein erbittertes Tanzziehen um den Votschaffterposten. Wehrte sich das Auswärtige Amt an sich schon auf das heftigste gegen den Gedanken, einen „Nichtdiplomaten“ auf einen führenden Posten entsandt zu sehen, so kam es jetzt in den maßgebenden Kreisen darauf an, zwischen den einzelnen Kandidaturen im Amt selbst zu wählen. Hierbei erwies sich begreiflicherweise als der Stärkste der Leiter der Stabsabteilung des Auswärtigen Amtes, Herr v. Dirksen, der denn auch in Kürze zum Moskauer Votschaffer ernannt werden dürfte. Die Kandidatur Seekt war damit zerschlagen.

Der umwölkte Finanzhorizont Länder und Finanzausgleich

Die Abstimmung über das Steuervereinfachungsgesetz in der Freitagsitzung des Reichsrats, in der Sachsen mit Bayern, Württemberg, Oldenburg und Braunschweig zusammen dagegen stimmte, gibt einen Vorgeschmack von den Kämpfen, die in diesem Winter im Reichstag um die finanzielle Sanierung ausfochten werden müssen. Verschärft wird die Bedrängnis dadurch, daß bis zum 31. März 1929 auch noch der neue Finanzausgleich erledigt sein muß. Das Reich hat das Bestreben, zur Abhilfe seiner eigenen Notlage die an die Länder zu zahlenden Ueberweisungen herabzudrücken. Dagegen setzen sich die selbst nicht auf Rosen gebetteten Länder mit aller Kraft zur Wehr. Dazu kommt, daß gerade in diesen kritischen Zeitaläuten auch noch die mit Süddeutschland vereinbarten Biersteuergesetze vom Staatsgerichtshof für ungültig erklärt worden sind, wodurch im Süden heftige Erregung ausgelöst und namentlich Bayern in die Vordergrund des Widerstandes gedrängt wurde. Im Reich hat der Finanzminister plöblich entdeckt, daß das ursprüngliche Defizitloch von 600 Millionen noch zu knapp geschätzt war und daß es mindestens 50 Millionen mehr sind, für die Deckung im Etat für 1929 fehlt. Die zuerst als hauptsächlichste Deckungsmittel in Aussicht genommene Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer bezeugte allseitig so energischem Widerpruch, daß der Reichsfinanzminister seine zehnen und den Plan in die Ecke stellen mußte. Die sonstigen Steuerprojekte schweben noch ganz in der Luft. Die bürgerlichen Parteien haben es abgelehnt, von sich aus Vorschläge zu machen. Herr Hilferding soll selbst zeigen, was er kann. Die Verantwortung für die steuerpolitische Initiative ihm abzunehmen, haben die bürgerlichen Parteien keine Lust. Ein sehr begreifliches und begrüßenswertes Verhalten.

Die Finanznot des Reiches hat dazu geführt, einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der darauf hinausläuft, im Finanzausgleich den Ländern bei den Ueberweisungen den Vorkurs höher zu hängen. Daran, daß es möglich sein könnte, dem Finanzausgleich schon jetzt eine endgültige Gestalt zu geben, wird heute nicht mehr gedacht. Es herrscht vielmehr weitgehende Uebereinstimmung darüber, daß dies nicht eher geschehen kann, als bis die Revision des Damesplans vollzogen und die Reichsreform zum mindesten so weit gefördert ist, daß die Zuständigkeiten zwischen Reich, Ländern und Gemeinden klar abgegrenzt worden sind. Zunächst bleibt also nur wieder eine provisorische Regelung übrig, und dabei steht die Frage im Vordergrund, in welcher Höhe die Länder an den Ueberweisungen beteiligt werden sollen; denn das selbständige Zuschlagsrecht zu den direkten Reichsteuern scheidet so lange aus, als sich eine endgültige Vereinbarung des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern nicht erzielen läßt. Zurzeit erhalten die Länder von dem Reichesgesamtsummen der Einkommen- und Körperschaftsteuer 75 Prozent, wovon sie ihrerseits die Gemeinden dotieren müssen. Unter Peter Reichhofs Führung, als dieser sächsischer Finanzminister war, ging der Kampf um 90 Prozent. Das aber wurde vom Reich so kategorisch abgelehnt, daß an eine Wiederholung dieser Forderung nicht zu denken ist. Jetzt haben sich die Länder umgekehrt gegen die Verminderung ihres Anteils zu wehren, die dadurch herbeigeführt werden soll, daß eine Höchstgrenze für die Ueberweisungen festgesetzt wird. Gegenwärtig wird den Ländern eine Mindesteinnahme von 2,6 Milliarden Mark gewährleistet, und wenn die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer gegenüber dem Etat ein Mehr ergeben, so nehmen die Länder an dem Mehraufkommen ebenfalls bis zu 75 Prozent teil. Statt dessen soll nun der bisherige Mindestsatz in eine Höchstgrenze umgewandelt werden, so daß die Länder von Mehreinnahmen, die über die Höchstgrenze hinausgehen, ausgeschlossen bleiben würden. Gegen diesen Plan hat sich ein Sturm des Widerstandes in Süddeutschland erhoben, aus dem die bayrische Stimme besonders kräftig herausragt. Aber auch Sachsen schloß sich schwer bedröht und brachte seinen Standpunkt durch einen Beschluß des Gesamtministeriums zur Geltung, der besagte, daß im Reichsrat die Vertagung des Steuervereinfachungsgesetzes beantragt werden sollte, um vorher eine Klärung über die Gestaltung des Finanzausgleichs und insbesondere darüber herbeizuführen, ob Länder und Gemeinden mit ihren bisherigen Einnahmen auch weiter rechnen können. Sollten vom Reichsfinanzministerium keine befriedigenden Erklärungen nach dieser Richtung erfolgen, so werde Sachsen gegen das Gesetz stimmen. Gemäß diesem Beschlusse ist am Freitag die Abstimmung erfolgt. Beim Bundesentscheidungs-

195 Millionen Reichsbeitrag für Volkseisewecke

Berlin, 20. Nov. Nach den Grundzügen und Vereinbarungen der Länder unter sich und mit dem Deutschen Reich über die Gewährung eines Reichsausschusses für politische Zwecke legt das Reich in seinen Haushalt für 1929 für Zwecke politischen Schutzes den Betrag von 195 Millionen Mark ein. Hiervon entfallen auf Preußen nach dem Verteilungsschlüssel 119 Millionen Mark, so daß für die übrigen Länder noch eine Summe von 76 Millionen Mark verbleibt.

Die Kriegsschadigten bei Hilferding

Berlin, 23. Nov. Finanzminister Dr. Hilferding empfing am Donnerstag die Verbände der Arbeitsgemeinschaft für den Erlass von Kriegs- und Verdrängungsschäden zu einer eingehenden Aussprache über eine Anzahl mit dem Kriegs-

schadenschuldsatz zusammenhängender Fragen. Der Minister unterrichtete sich insbesondere über die Wünsche der Geschädigten zur Frage der Mobilisierung der Entschädigungsschuldbuchforderungen und stellte eine Erweiterung der Grundzüge in Aussicht, die bisher bei der Vergebung von Beihilfen aus dem Fonds des Kriegsschadenschuldsatzes maßgebend gewesen sind.

Rheinbaben fordert Große Koalition

Berlin, 23. Nov. In einer Sitzung der Deutschen Volkspartei in Hamburg gab der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Rheinbaben einen längeren Ueberblick über die gegenwärtige außenpolitische Lage und kam dabei zu dem Schluß, daß man die Konvergenzen aus dieser Lage ziehen müsse und in der Innenpolitik zur Bildung der Großen Koalition schreiten solle.